

Lieber Christian,
danke für Deine Bekenntnisse als Ludwig-Thoma-Heilige-Nacht-Freund. Wir sind uns einig mit der von Gewissensbissen geplagten Base des Josef: Man bekämpft nicht die Armut, indem man sie verjagt. Also – aus aktuellem Anlass – was tun wir mit unseren Nachbarn in den Donauländern?

Für Rumänien und Bulgarien waren in der abgelaufenen Förderperiode der Europäischen Union von 2007 – 2013 Fördermittel in Höhe von insgesamt 26,5 Milliarden Euro vorgesehen. Von diesen Geldern stammt ein Drittel aus Deutschland. Damit sollten direkte Hilfen bei Investitionen zur Schaffung von Beschäftigung, die Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt sowie die soziale Eingliederung benachteiligter Personen auf dem Arbeitsmarkt finanziert werden. Allerdings wurden bis Frühjahr 2013 nur etwa 42 Prozent der Mittel abgerufen. Der Rest der Gelder liegt in Brüssel.

Es ist also nicht so, dass für die beiden Länder von Deutschland zu wenig gegeben wäre. Vielmehr sehen sich

die Regierungen Rumäniens und Bulgariens und die EU nicht in der Lage, die ihnen zur Verfügung gestellten Gelder entsprechend zu verwenden. Dein Beispiel von den unbarmherzigen Verwandten, die nichts geben wollen, ist ein bisschen schief.

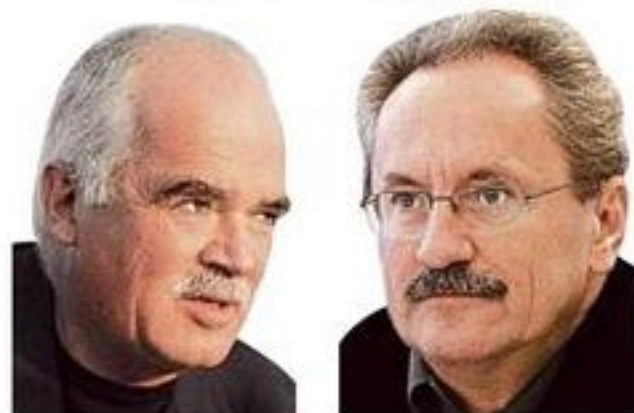
Vielmehr fehlt es an Politik und Phantasie. Auf allen Ebenen. Das Geld wurde ja von der Gemeinschaft der Steuerzahler schon zur Verfügung gestellt. Und dass diese bereitgestellten Gelder nicht für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Rumänien und Bulgarien, für soziale Infrastruktur und Bildungseinrichtungen dort verwendet werden (während Armutsflüchtlinge aus diesen Ländern in Elendsquartieren überall in Europa zugrunde gehen) ist ein Skandal.

Dieses Problem vielfältigen politischen Versagens kann nicht dadurch gelöst werden, dass andere Staaten ihre eigenen sozialen Sicherungssysteme der rumänischen und bulgarischen Politik zur Verfügung stellen. Du weißt selbst, dass als Erster der deutsche Städtetag Alarm geschlagen hat (und nicht die CSU):

Schließlich konzentriert sich die Notlageneinwanderung stark auf die Großstädte. Darunter nicht nur das wohlhabende München, sondern besonders arme Städte wie Duisburg, Dortmund, Berlin und Offenbach. Die Arbeitslosenquote zum Beispiel der Bulgaren und Rumänen Mitte 2013

betrug in Dortmund 21,2%, in Berlin 25,3% und in Duisburg 33,4%. In Duisburg, Dortmund und Berlin – so der Dokumentationsdienst der Tageszeitung „Die Welt“ – haben 60 – 75 % der Bulgaren und Rumänen keine Arbeit, noch bekamen sie Hartz IV. Meist landen die Zugezogenen, die

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Die Europäische Union und Ludwig Thoma

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

kaum Deutsch sprechen, in Problemquartieren mit hohen Arbeitslosen- und Ausländeranteilen und verschärfen die soziale Lage in diesen Vierteln noch. Da sie bis dato offiziell nicht arbeiten dürfen, müssen sie sich mit Schwarzarbeit und anderen illegalen Tätigkeiten herumschlagen. Die Städte sehen sich durch die Kosten der Gesundheitsversorgung, Unterbringung und Sozialarbeit überfordert und haben deshalb zu Recht Hilfe vom Bund verlangt. Die mit diesen Entwicklungen auch noch verbundenen Sicherheitsprobleme und öffentlichen Verwahrlosungserscheinungen sind Dir bekannt. Man könnte versucht sein vorzuschlagen, den betroffenen deutschen Städten den von Sofia und Bukarest nicht abgerufenen deutschen Teil der Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung zu stellen. Dies würde den Betroffenen jedenfalls mehr helfen, als mit diesem Geld unfähigen EU-Instanzen hinterherzulaufen.

Natürlich gibt es auch Missbrauch. Deshalb war es geboten, dass im Koalitionsvertrag auch auf Folgendes hingewie-

sen wurde: „Der fortgesetzte Missbrauch der europäischen Freizügigkeit durch Armutszuwanderung gefährdet die Akzeptanz der Freizügigkeit bei den Bürgern.“ Diesen Text, verbunden mit einer Reihe von sozialen und repressiven Maßnahmen, haben nicht nur wir, sondern auch Deine Leute von der SPD unterschrieben. Ein Unterschied zwischen dem, was wir gestern dazu in Kreuth beschlossen haben, zu dem, was im Koalitionsvertrag steht, ist nicht zu erkennen. Ihr, lieber Christian, seid nicht die Koalitionäre im weißen Kleid.

In dem Stück „Moral“ des von uns beiden so geschätzten Ludwig Thoma findet sich folgender Dialog:

Hauser: „(...)Aber die Tugend, auch wenn sie unwahr ist, bleibt das Schöne an sich und darf amtlich nicht missbilligt werden.“

Frau Lund: „Darum kommt man nie aus der Verlogenheit heraus.“

Hauser: „Aber manchmal in die Verlegenheit hinein.(...)“
Nix für ungut.

Dein Peter Gauweiler